

# Mia Bonn " Nation dia rät

## Tatsachenmaterial zum nationalen Dokument des Nationalrats

In dem Dokument des Nationalrates „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ heißt es:

„Die Regierenden in Westdeutschland lassen sich heute erneut von den Profit- und Herrschaftsinteressen einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten, Großgrundbesitzern und Hitlergeneralen leiten. Sie stellen deren abenteuerliche Revanchepolitik über die Interessen des arbeitssamen und friedliebenden Volkes. Die Großbourgeoisie in Westdeutschland beweist damit erneut, daß sie untauglich ist, die Nation friedlich zu führen und die Vergangenheit zu bewältigen.“

Es gibt genügend Tatsachen dafür.

### Minen gegen die Einheit

Wieder am Hebel der Macht in Westdeutschland, legten die deutschen Imperialisten und Militaristen zuerst Minen an die Fundamente der deutschen Einheit.

Sie nahmen und nehmen noch an, dadurch ihre wiedererstandene Herrschaft dagegen sichern zu können, daß das Beispiel der sozialistischen Entwicklung der DDR auch in Westdeutschland Schule macht.

Profit und Machtstreben veranlaßten sie, am 1. Januar 1947 die Bi-Zone und am 18. Juni 1948 die separate Westmark einzuführen.

Auf Drängen der deutschen Imperialisten verboten die westlichen Militärgouverneure am 15. Juli 1948 die von der Bevölkerung geforderte Sozialisierung in Westdeutschland.

Am 7. September 1949 vollzogen sie mit der Bildung des westdeutschen Staates die politische Spaltung Deutschlands.

Systematisch lösten die Imperialisten Westdeutschland jetzt immer mehr aus dem deutschen Nationalverband heraus.

1950 bot Adenauer den westlichen Alliierten deutsche Truppen an.

1952 trat die Bundesrepublik der Montan-Union bei.

1954 schlossen sich die deutschen Imperialisten der NATO an und stimmten mit dem Generalvertrag der 50jährigen Besetzung der westlichen Teile unseres Vaterlandes zu.

Damit und durch die von nun an offen betriebene Militarisation machten sie aus der politischen auch eine militärische Grenze quer durch Deutschland, an der die Bonner Armee gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht aufmarschiert ist.

So stellen sie ihre militaristische Machtpolitik, Aufrüstung und den NATO-Pakt über den Frieden und über die Sicherheit der Nation.

Als die Regierung der DDR am 4. September 1958 der Bonner Regierung die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission vorschlug, die sich mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der friedlichen Wiedervereinigung beschäftigen sollte, lehnten die imperialistischen Kreise in Bonn dieses Angebot kategorisch ab.

Auch alle weiteren Vorschläge für den Abschluß eines Friedensvertrages mißachtete Bonn. Ebenso war es mit den DDR-Vorschlägen zur Bildung einer Konföderation in Deutschland.

### Bonn sagt immer nein

Auch der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den zwei deutschen Staaten, eine Begrenzung der Rüstungen, ein Verzicht auf Atomwaffen als auch das Minimalprogramm, das Walter Ulbricht auf dem 14. Plenum des ZK der SED verkündete und das dazu beitragen soll, in Deutschland eine Politik der friedlichen Koexistenz herbeizuführen, wurden von den westdeutschen Imperialisten abgelehnt.

Und auf den grandiosen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion vom 18. Dezember 1959 in der UNO antwortete